

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Eschweiler
Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler

Stadt Eschweiler
Bürgermeisterin Nadine Leonhardt
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler



Eschweiler, 05. November 2024

Antrag zur Prüfung und Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Leonhardt,

die Stadtverwaltung wird hiermit beauftragt, die rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten zu prüfen, Asylbewerber gemäß § 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes zu beschäftigen (Arbeitsgelegenheit von Asylbewerbern bei kommunalen Tätigkeiten). In diesem Zusammenhang bitten wir um Mitteilung, über den Einsatz in möglichen Arbeitsfeldern und bereits vorhandene Arbeitsgelegenheiten in der Stadt Eschweiler.

Dabei sollten auch Erfahrungen anderer Kommunen aus der StädteRegion Aachen und ggfls. umliegenden Kreisen mit solchen Arbeitsgelegenheiten eingeholt werden.

Begründung:

In den allermeisten Fällen dürfen Geflüchtete in Deutschland nicht regulär arbeiten, was Probleme mit sich bringen kann. Nach der geltenden Rechtslage des Asylbewerberleistungsgesetzes können Asylsuchenden aber sowohl Aufgaben innerhalb ihrer Unterkunft als auch Tätigkeiten bei staatlichen, kommunalen oder gemeinnützigen Trägern zugewiesen werden. Das sieht das Asylbewerberleistungsgesetz im § 5 vor.

Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber in der Stadt bei kommunalen Aufgaben können Vorteile sowohl für Asylbewerber selbst als auch für die Kommune und die Gesellschaft bieten.

- 1 -

SPD-Stadtratsfraktion Eschweiler
Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler
Rathaus, Zimmer 114
Tel.: 02403 / 71-357
E-Mail: spd-fraktion@eschweiler.de

Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen Eschweiler
Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler
Rathaus, Zimmer 10
Tel.: 02403 / 71-356
E-Mail: gruene-fraktion@eschweiler.de

Insbesondere im Bereich unseres kommunalen Baubetriebshofs kommt das Personal häufig an seine Grenzen. Schon heute wird jede helfende Hand dringend gebraucht - so beispielsweise zur Pflege der Grünflächen, zum Heckenschnitt, zur Beseitigung von Laub, zur Bewässerung von Pflanzen, etc.

Asylbewerber, die in Eschweiler aktuell Schutz genießen und hier leben, könnten die Stadt Eschweiler an vielen Stellen sinnvoll unterstützen und einen wichtigen Beitrag leisten. Gleichzeitig kann Asylbewerbern eine sinnvolle Tätigkeit geboten werden, die auch Struktur in den Tagesablauf bringt. Zudem bieten solche Arbeitsgelegenheiten auch eine Möglichkeit zum Erlernen von Sprache und zur Integration durch den Austausch und Kontakt mit anderen Menschen.

Zusammenfassend sind folgende Aspekte zu nennen:

1. Der Einsatz in kommunalen Arbeitsmöglichkeiten bietet Asylbewerbern die Chance, frühzeitig und aktiv in das gesellschaftliche Leben eingebunden zu werden. Durch die Arbeit haben sie die Möglichkeit lokale Strukturen kennenzulernen und können ein Verständnis für die Abläufe und Werte unserer Gesellschaft entwickeln. Diese aktive Teilhabe und der Kontakt mit Kollegen und Vorgesetzten können ihre soziale Integration fördern.
2. Es entsteht eine Möglichkeit zur Verbesserung der Sprach- und Arbeitskompetenzen. Diese Fähigkeiten werden für eine mögliche spätere Integration in den regulären Arbeitsmarkt und ein selbstbestimmtes Leben wichtig sein und können auch im Lebenslauf eine Referenz sein.
3. Eine sinnvolle Beschäftigung kann Asylbewerbern dabei helfen, ihren Alltag zu strukturieren und einem geregelten Tagesablauf nachzugehen. Das Gefühl, einen Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten, kann das Selbstbewusstsein stärken und fördern.
4. Durch die Einbindung von Asylbewerbern in Aufgaben wie z. B. Grünflächenpflege oder Unterstützung bei städtischen Projekten, kann die Stadt Eschweiler unterstützt werden. Eine solche Maßnahme könnte somit allen Bürgern zugutekommen.

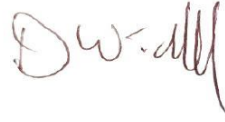
Wir bitten die Stadtverwaltung aus den genannten Gründen die rechtlichen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen für diese Maßnahme zu prüfen und dem Stadtrat einen entsprechenden Vorschlag zur Umsetzung vorzulegen.

Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass die Maßnahmen sinnvoll sind und den gesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen sowie der gesetzlich vorgegebenen Aufwandsentschädigung entsprechen.

Mit freundlichen Grüßen,



Dietmar Krauthausen
SPD-Fraktionsvorsitzender



Dietmar Widell
Fraktionssprecher Bündnis 90/Die Grünen